

Deutschland 1945.-1955.: vom Trummerland zum Wohlfahrtsstaat

Goleš, Luka

Undergraduate thesis / Završni rad

2017

Degree Grantor / Ustanova koja je dodijelila akademski / stručni stupanj: **University of Rijeka, Faculty of Humanities and Social Sciences / Sveučilište u Rijeci, Filozofski fakultet u Rijeci**

Permanent link / Trajna poveznica: <https://urn.nsk.hr/urn:nbn:hr:186:796900>

Rights / Prava: [In copyright](#)/[Zaštićeno autorskim pravom.](#)

Download date / Datum preuzimanja: **2024-08-08**



Repository / Repozitorij:

[Repository of the University of Rijeka, Faculty of Humanities and Social Sciences - FHSSRI Repository](#)



UNIVERSITÄT RIJEKA
PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT
ABTEILUNG FÜR GERMANISTIK

Deutschland 1945-1955: Vom Trümmerland zum Wohlfahrtsstaat

Bachelor-Arbeit

Verfasst von:
Luka Goleš

Betreut von:
prof. dr. sc. Boris Dudaš

Rijeka, 2017

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung.....	3
2 Die NSDAP und Der Zweite Weltkrieg.....	4
2.1 Von der Entstehung der NSDAP bis zur Machtübernahme 1933.....	4
2.2 Von der „Nacht der langen Messer“ bis zur „Stunde Null“.....	6
3 Was wird aus Deutschland?	9
3.1 Die USA.....	9
3.2 Die Sowjetunion.....	9
3.3 Großbritannien	9
3.4 Frankreich.....	10
3.5 Militärabsichten und Morgenthau-Plan.....	10
3.6 Deutschland.....	11
3.6.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	11
3.6.2 Die Christlich-Demokratische Union (CDU).....	12
3.6.3 Die Christlich-Soziale Union (CSU).....	13
3.6.4 Die Freie Demokratische Partei (FDP)	14
3.6.5 Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (BRD).....	14
3.6.6 Der erste und zweite Deutsche Bundestag und die ersten zwei Kabinetts Adenauers	18
4 Alltag in der Nachkriegszeit.....	22
5 Zusammenfassung.....	24
6 Literaturverzeichnis.....	25

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die am heutigen Tag abgegebene Bachelor-/Master-Arbeit selbständig verfasst und ausschließlich die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Rijeka, den _____ Unterschrift _____

1 Einführung

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, was mit und in Deutschland geschah und wie sich die westdeutsche Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet hat. Im ersten Teil dieser Arbeit wird die Situation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit der Gründung und Machtübernahme der NSDAP erläutert. Weiterhin beschäftigt sich dieser Teil auch mit den Fragen, was bis zum und im Zweiten Weltkrieg geschah. Der nächste Teil dieser Arbeit handelt von der Situation, in der sich Deutschland nach dem Krieg befand, erläutert die Pläne der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und untersucht, was alles geschah, damit die BRD als ein souveräner Staat entstehen konnte. Es werden auch die wichtigsten politischen Parteien und ihre Programme erwähnt. Im letzten Teil wird in Kürze ein Überblick des Alltags im Nachkriegsdeutschland wiedergegeben. Das Ziel dieser Arbeit ist es, all diese Prozesse zu erläutern und einen geschichtlichen Überblick zu verschaffen, wie sich Deutschland in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus einem Trümmerland zu einem Wohlfahrtsstaat entwickelte.

2 Die NSDAP und Der Zweite Weltkrieg

Damit man die Situation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg analysieren und verstehen kann, muss man zuerst die Geschehnisse, die zu dem Zweiten Weltkrieg geführt haben, wie auch den Verlauf des Krieges analysieren. Aus diesem Grund wird in diesem Teil dieser Arbeit näher über die Zeit vom Juli 1919 bis zum 30. April 1945 gesprochen. Das heißt, es wird die Zeit, in der die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) gegründet wurde und an die Macht kam bis zum Adolf Hitlers Selbstmord, bis zur „Stunde Null“ beschrieben. Daten für diesen Teil der Arbeit wurden aus dem Buch „*Ozrcaljena povijest: Uvod u suvremenu povijest Europe i Europljana*“ von Darko Dukovski entnommen und sind von Luka Goleš aus der kroatischen in die deutsche Sprache übersetzt worden.

2.1 Von der Entstehung der NSDAP bis zur Machtübernahme 1933

Nach dem Ersten Weltkrieg sind in Deutschland alle sozialen, wirtschaftlichen, psychologischen und politischen Voraussetzungen für die Erscheinung einer Bewegung des faschistischen Typs erfüllt worden. Der Beginn ähnelt dem Beginn des Faschismus in Italien. Zuerst gib es kleinere Gruppen von radikalen Nationalisten, deren Zukunft wegen der Niederlage im Krieg, der territorialen Verluste, der Schadensforderungen und der Abschaffung der Armee, wobei viele ihre Position als Soldat verloren haben, hoffnungslos scheint. Sie glauben, es sei die Schuld der verräterischen Kommunisten, Sozialisten, Juden und Politiker, dass der Krieg verloren gegangen ist. Sie akzeptieren die Vorschriften des *Versailles Abkommens* nicht und schlagen in terroristischen Angriffen Leute, die sie Deutschlands Lage verantwortlich halten, zusammen. Eine solche Gruppe ist die *Deutsche Arbeiterpartei*, die am 5. Januar 1919 aus Mitgliedern des *Freien Arbeiterausschusses für einen guten Frieden* und der okkulten antisemitischen Organisation *Thule-Gesellschaft* zusammengesetzt wird und von Anton Drexler, Gottfried Feder und Dietrich Eckart gegründet wird. Adolf Hitler tritt, zusammen mit seinem zuerst engsten Mitwirkenden Ernst Röhm, im September 1919 in die Partei ein. Mit seinen guten rhetorischen Fähigkeiten kommt er schnell auf die Position des Sprechers der Partei. Im Februar 1920, nach einem Streit mit Harrer, benennt Hitler die Partei in die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* um und wird 1921 zum Präsidenten der Partei gewählt, nachdem sich Drexler zurückgezogen hat. Im Jahr 1923, motiviert von dem Erfolg der Partei zur Zeit der großen Inflation und dem Erfolg Mussolinis in Italien mit seinem „*Marsch auf Rom*“, versucht Adolf Hitler in einer Münchener Brauerei einen Putsch, der aber misslingt. Es kommt zu einem Feuerwechsel, wobei 16 Putschisten und 4 Polizeibeamte ums Leben kommen. Hitler wurde in Haft

genommen und verurteilt. Zu dieser Zeit kommt es in Deutschland zur Verbesserung des Lebensstandards und es scheint, als ob Hitler vergessen werden würde.

Doch während der Krise am Ende der 1920er und am Beginn der 1930er Jahre kommt Hitler wieder in den politischen Mittelpunkt. Im Gefängnis schreibt er das Buch „*Mein Kampf*“, in dem er seine Vision des zukünftigen Deutschlands verarbeitet, was am Ende zum Programm des Nationalsozialismus wird. Sein Programm basiert auf den Ideen der Nation und des Staates, die jedes Individuum als Grundsatz annehmen muss, egal um welchen Preis und diese sind nur mit erbarmungslosem Kampf zu erreichen. Im Buch wird auch beschrieben, wie das zukünftige tausendjährige Deutsche Reich aussehen sollte. Der neue Lebensraum, der im Osten geschaffen werden soll, wird auch erwähnt, wobei eine freie Interpretation von Nietzsches Philosophie des *Übermenschen*, sowie die Idee des Lebensraums und Rosenbergs Rassentheorie miteinbezogen werden. Das Schicksal solch eines arischen Übermenschen ist es, die Welt zu regieren, meint Hitler. Die große Wirtschaftskrise von 1929 bringt Hitler und seine Nationalsozialisten wieder ins politische Rampenlicht. Die Deutschen erinnerten sich an seine politischen Phrasen, die Theorie des Lebensraums, die Rassentheorie. Seine Parole „*Du bist Nichts, dein Volk ist Alles.*“ gewinnt an Gewicht. Sein demagogischer Antikapitalismus und Antibolschewismus helfen ihm bei der politischen Annäherung zur breiten Mittelschicht, die ihm blind vertraut, dass man den Kampf an die Leute ausrichten soll, die dem Menschen nicht erlauben, von seiner Arbeit und seinem ehrenhaft verdienten Eigentum zu leben. Nicht nur, dass die Nationalsozialisten es schaffen die mittleren Gesellschaftsschichten von seinen Ideen zu überzeugen, es gelingt ihnen mit ihrem aktiven Antibolschewismus auch Kapitalisten zu überzeugen, ihnen zu helfen, wobei dann die Machtergreifung der Partei nur eine Frage der Zeit geworden ist. 1930 gibt es Parlamentswahlen, bei denen die NSDAP 18% der Stimmen bekommt und somit 107 Abgeordnetenplätze im Parlament sichert. An diesem Resultat sieht man, dass das Volk innerhalb kurzer Zeit von Hitler und seiner Partei beeinflusst wird. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1932 ist dies noch deutlicher zu sehen. Hitler wird mit 35 Prozent der Stimmen an zweiter Stelle und der bisherige Präsident von Hindenburg, der weiter Präsident geblieben ist, löst die bisherige Regierung auf und ernennt eine neue mit Franz von Papen als Kanzler, der neue Wahlen für Juli 1932 ankündigt, an denen die NSDAP 230 Abgeordnetenplätze gewinnt und so zur größten Partei im Parlament wird.

Nach einigen erfolglosen Versuchen von von Papen und Kurt von Schleicher, eine Regierung zu bilden, wird Hitler zum Kanzler ernannt und wird am 30. Januar 1933 offiziell im Kanzleramt inauguriert. Schnell danach löst er den Reichstag auf und verkündigt neue Wahlen für den 5. März 1933. Im Reichstag wird sechs Tage vor den Wahlen Brand gelegt, worauf ein Gastarbeiter aus den Niederlanden, Marinus van der Lubbe, als der Verursacher verhaftet und zum Tode verurteilt wird, wie auch mehr als 4.000 Kommunisten, Sozialisten und Juden, die darauf wegen Verschwörung und Hochverrat verhaftet werden, was wiederum ein effektiver Weg war um die Opposition loszuwerden. Bei diesen Wahlen bekommt die NSDAP 288 von 647 Abgeordnetenplätzen im Reichstag, was mit 44 Prozent sehr viel bedeutet, aber immer noch nicht genug ist, um selbstständig eine Regierung zu bilden. Deshalb gehen die Nationalsozialisten eine Koalition mit den Nationalisten, die 50 Abgeordnetenplätze im Reichstag gewonnen haben, ein. Bei der ersten Reichstagsversammlung wurden die Kommunisten aus dem Parlament ausgeschlossen und am 23. März 1933, nach Hitlers Rede im Reichstag, wird das Ermächtigungsgesetz verabschiedet und vom Präsidenten von Hindenburg unterzeichnet. Das Ermächtigungsgesetz, das die Regierung in den nächsten vier Jahren jedes beliebige Gesetz zu erlassen ermächtigt, ohne dass das Parlament involviert wird, weil die Koalition die absolute Mehrheit im Reichstag hatte. Das hat *de facto* zur Folge das Ende der Weimarer Republik.

Hitler hat auf seinem Weg an die Macht Hilfe in der politischen und insbesondere in der Wirtschaftskrise. Er bietet dem deutschen Volke eine Krisenlösung, in der Deutschland für sich selbst sorgen würde, ein Programm, das auf der Basis eines wirtschaftlichen Nationalismus steht. Was danach geschieht, wird im nächsten Abschnitt dieser Arbeit analysiert.

2.2 Von der „Nacht der langen Messer“ bis zur „Stunde Null“

Das Erste, was die neue Regierung macht, ist die Auflösung aller anderen politischen Optionen außer der NSDAP, sowie auch die Auflösung sämtlicher Gewerkschaften. Somit vermeidet Hitler alle Probleme, die von außen auftreten konnten. Das Problem war in seiner eigenen Umgebung, genauer in dem SA-Gipfel. Ernst Röhm war der Gründer und hat die oberste Position in der SA („*Sturmabteilung*“). Die SA wird immer populärer und die SA-Spitze ist auf wichtigen Positionen in der Polizei und in den Behörden fest positioniert. Das passt Hitler und der militärischen Spitze nicht, weil sie befürchten, dass die Popularität der SA zu einer Revolution führen könnte. Röhm wird als Hitlers Widersacher für die Position

des Führers angesehen. Aus diesen Gründen entscheidet sich Hitler für die radikalste Option, für die Operation „Kolibri“, besser bekannt als „Die Nacht der langen Messer“. Der Befehl lautet, Röhm und seine Anhänger zu verhaften um sie ohne Gerichtsprozess zu erschießen. Das geschieht in den Tagen vom 30. Juni bis zum 2. Juli 1934. Es wird behauptet, dass Röhm einen Putsch vorbereitet hat. Als am 2. August 1934 der Präsident Hindenburg stirbt, hat das nationalsozialistische Regierungskabinett ein Gesetz durchgesetzt, dass die Funktion des Präsidenten und des Kanzlers zusammenfallen sollten: So wird Hitler zum Staatspräsidenten, Kanzler und Präsident der NSDAP und vereinigt in seiner Person die drei wichtigsten Funktionen im Land. Zu dieser Zeit sind bereits die ersten Konzentrationslager errichtet. 1935 werden die sogenannten „Nürnberger Gesetze“ über den „Schutz des deutschen Blutes und Ehre“, Erlassen, die dazu geführt haben, dass die deutschen Juden ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Eigentums beraubt werden. Darüber hinaus werden sie aus dem öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben ausgeschlossen. Im Oktober 1938 werden so 15.000 Juden aus Deutschland verbannt und nach Polen geschickt, wo sie die polnische Regierung nicht aufnehmen will, und so landen fast 5.000 Juden im „Niemandland“ zwischen den zwei Staaten. In der Nacht von den 9. auf den 10. November desselben Jahres wurden in Deutschland „spontane“ Proteste gegen Juden organisiert, die in die Geschichte als eines der skrupellosesten Ereignisse in der Zeit von vor dem Zweiten Weltkrieg eingegangen ist. Dies wird später als die „Kristallnacht“ in die Geschichte eingehen. In dieser Nacht sind mehr als 30.000 Juden verhaftet und in Konzentrationslager abgeführt worden. Die Mehrheit von ihnen wird nachher freigelassen, doch ca. 1.000 kommen nie wieder zurück. Das hat zur Folge, dass 600.000 Juden aus Deutschland auswandern.

Auf der diplomatischen Ebene, ist Hitler 1933 aus dem Völkerbund herausgetreten. Anders als es gedacht wird, ist das nicht der erste Schritt Deutschlands zur militärischen Wiederaufrüstung. Der erste Schritt in diese Richtung machten sie, so dass sie Druck auf Frankreich mit dem Ziel der Demilitarisierung Frankreichs ausübten und so Frankreich zur stärkeren Militarisierung gezwungen haben und auf diese Weise ist Hitler ein Alibi gegeben worden, damit er selbst die Wehrmacht weiterentwickeln kann. 1935 war schon das erste Gebiet, das Deutschland in dem Ersten Weltkrieg verloren hatte, wieder ein Teil Deutschlands, nämlich das Saarland wird nach einem Plebiszit wieder in das deutsche System aufgenommen. 2 Monate danach werden symbolische Truppen der Wehrmacht in die demilitarisierte Rheinprovinz geschickt. Der Völkerbund erlaubt Hitler solch ein Verhalten grundsätzlich nicht, tut jedoch nichts um ihn zu stoppen. Das waren die ersten Schritte um den

Lebensraum, der in Hitlers Buch „*Mein Kampf*“ erwähnt wurde, zu erschaffen. Der nächste Schritt erscheint unter den Codenamen „*Otto*“. Darunter versteht man den Anschluss Österreichs zum Deutschen Reich. Die Okkupation begann am 12. März 1938, damit Hitler schon am 14. in Wien ankommt und alles fertig für den Anschluss macht. Das letzte Gebiet, dass sich das Dritte Reich vor dem Krieg anverleibt, ist das Sudetenland zusammen mit Tschechien und Mähren. Das Sudetenland bekommt Hitler am 29. September 1938, als das Münchner Abkommen unterzeichnet wird und den Rest von Tschechien und Mähren bekommt er am 15. März 1939. Obwohl es im Abkommen heißt, es sei nur ein Protektorat, in Wirklichkeit wird Prag schon am nächsten Tag okkupiert. Das sind die Ereignisse, die Hitler dazu verhelfen, ein Land mit fast 90 Millionen Einwohnern und großer Armee, die schon 1939 bereit war in den Krieg zu ziehen, zu haben. Doch Deutschlands Alliiertes, Italien ist laut Mussolini noch nicht annähernd für den Krieg bereit. Doch nichts kann in diesem historischen Moment Hitler aufhalten. Nach der Ratifizierung des Abkommens mit der Sowjetunion ist Hitler für den Krieg bereit.

Der Zweite Weltkrieg beginnt am 1. September 1939, als Deutschland Polen angreift, und endet am 2. September 1945, als Japan kapituliert. In Europa dauert der Zweite Weltkrieg bis zum 8. Mai 1945, als Berlin besetzt wird. Deutschland hat den Krieg begonnen, hat ihn jedoch am Ende verloren, was man einerseits mit dem zu großen Appetit des *Führers* erklären kann und andererseits kann man auch sagen, dass Italien als alliierte Kraft im Krieg kaum eine Schlacht gewonnen hat und so Deutschlands Ressourcen unwiderruflich aufgebraucht hat. Hitler begeht Selbstmord und entzieht sich so auf eine Art und Weise dem Urteil und dem Gericht, vor welches er sicherlich treten müsste, gerettet. In diesem Krieg kamen zwischen 62 und 78 Millionen Menschen ums Leben, von denen 5 Millionen in Konzentrationslagern. Das Bild des zukünftigen Deutschland wird durch diese Ereignisse stark beeinflusst.

3 Was wird aus Deutschland?

Diese Frage war zum Zeitpunkt der „*Stunde Null*“ eine der wichtigsten Fragen auf die es verschiedene Antworten gab. Jeder der siegenden Alliierten hatte seine eigenen Vorstellungen, Interessen und Haltungen gegenüber dieser Frage. In diesem Abschnitt wird über die verschiedenen Antworten auf die oben genannte Frage geschrieben und es werden dazu noch die Probleme des Volkes und der Politik bis zur Gründung der westdeutschen Republik erwähnt.

3.1 Die USA

„Präsident Roosevelt war zwar von der Notwendigkeit der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker und von dem Fortschritt für die vom Nationalismus und Kolonialismus unterdrückten Nationen überzeugt, andererseits aber richtete er seine Außenpolitik auch nach den Grundsätzen amerikanischer Sicherheitsinteressen aus.“ (Kistler 1985: 20) Roosevelt sah den Niedergang des Dritten Reiches als eine Möglichkeit für die Sowjetunion, zu einer Großmacht zu werden und im oberen Zitat sieht man, dass Roosevelt schon während des Krieges so gesehen hat, jedoch im Schatten des Krieges wollte er die Entscheidungen, die mit dem zukünftigen Verhältnis zur Sowjetunion bis zum Sieg aufschieben, damit es nicht zur Spaltung der Alliierten kommt. (vgl. Kistler 1985: 20)

3.2 Die Sowjetunion

Wie Roosevelt neigte auch Stalin nicht zu einer Auseinandersetzung mit den Verbündeten zur Zeit des Krieges und wollte einen Gürtel von abhängigen Staaten an der Westgrenze schaffen, um sich zu schützen. (vgl. Kistler 1985: 20) *„Die Sowjetunion ging in ihren ideologischen Überlegungen von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt aus. Sie sah zwar eine Chance, endgültig der Weltrevolution zum Sieg zu verhelfen, fürchtete jedoch die Stärke der USA, vor allem die Atomwaffen.“* (Kistler 1985: 20)

3.3 Großbritannien

„Die Europapolitik Großbritanniens unter Premierminister Winston Churchill war (...) von der Sorge vor der künftigen russischen Vormachtstellung auf dem Kontinent geprägt.“ (Kistler 1985: 21) Churchills Plan war es, die USA an Westeuropa zu binden, damit das Empire vor dem Druck aus dem Osten bewahrt bleibt. (vgl. ebd.) Er suchte auch nach

Möglichkeiten, wenigstens einen Teil der deutschen Wirtschaftskraft zu erhalten, wobei er auf Verständnis der Wirtschaftskreise in den USA stieß. (vgl. ebd.)

3.4 Frankreich

Frankreich wurde als vierte Besatzungsmacht bei der Konferenz in Jalta erklärt. Der Teil des Protokolls der dies besagt wird hier wiedergegeben:

„Es ist entschlossen worden, dass Frankreich von den drei Mächten aufgefordert werden soll, eine Besatzungszone zu übernehmen und als viertes Mitglied an der Kontrollkommission teilzunehmen, falls es dies wünschen sollte. Die Grenzen der französischen Zone werden von den vier beteiligten Regierungen durch ihre Vertreter bei der Europäischen Beratenden Kommission in gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.“ (Kistler 1985: 21)

3.5 Militärabsichten und Morgenthau-Plan

Die Regierungschefs der Siegermächte waren nicht die Einzigen, die sich Gedanken darüber machten, was man mit Deutschland nach dem Krieg machen sollte. Die Generalstäbe der westalliierten Streitkräfte machten sich auch Gedanken über die Grundsätze künftiger Besatzungspolitik. (vgl. Kistler 1985: 21) Sie wollten das deutsche Gebiet in drei Zonen aufteilen und haben eine Direktive ausgearbeitet, die Richtlinien für die Behandlung der Bevölkerung enthielt, unter anderem Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten, freie Meinungsäußerung zu garantieren und Gewerkschaften und Selbstverwaltung zu fördern. (vgl. ebd.) Der Morgenthau-Plan, der 1944 bekanntgegeben wurde, war ein entgegengestellter Plan, benannt nach dem damaligen US-Finanzminister Morgenthau, dessen Meinung es war, dass die Expansionspolitik Hitlers eine konsequente Folge der deutschen Geschichte und des dabei entstandenen aggressiven Nationalcharakters war und der Morgenthau-Plan besagt, dass die gesamte deutsche Rüstungsindustrie vernichtet werden soll; die Abtretung Ostpreußens, des südlichen Schlesiens, des Saarlandes und der Gebiete zwischen Mosel und Rhein und die Teilung des Reiches in zwei Staaten war vorgesehen, sowie die drastische Senkung des deutschen Lebensstandards. (vgl. ebd.: 23) Diese Idee wurde vorerst von Roosevelt genehmigt, wurde aber mit der Zeit gemildert und als Direktive JCS 1067 angenommen. (vgl. ebd.) Probleme kamen schon in Jalta ans Licht, als sich die Staatschefs nur über die Zonengrenzen einigten. (vgl. ebd.) Letztendlich wurde das Land sowie die Stadt Berlin nach einigen Streitigkeiten in vier Besatzungszonen (USA, UdSSR, GB, Fra) geteilt.

3.6 Deutschland

Die Deutschen, die den Zweiten Weltkrieg verloren haben, wollten ihr Land nicht aus der Hand geben. Es kam zur Neugründung politischer Parteien, wobei eine große Rolle die junge Generation spielte. (vgl. Kistler 1985: 61) Die Politiker aus der Weimarer Zeit, die wieder aktiv wurden, waren sich bewusst, dass die Rivalität zwischen den Parteien und Gruppen und die Zersplitterung und mangelnde Solidarität der demokratischen Kräfte den Untergang der Weimarer Republik mitverursacht hätten. (vgl. ebd.) Damit das künftige neue Staatswesen stabil wird, dachten sie, es sei eine Sammlung in der „*politischen Mitte*“ erforderlich. (vgl. ebd.) So kam es zur Entstehung der CDU/CSU, SPD und FDP, die die Oberhand gewinnen werden, sowie zur erneuten Gründung der KPD und der Zentrumspartei. (vgl. ebd.) Im nächsten Abschnitt werden die größten Parteien vorgestellt und der Weg zur deutschen Bundesrepublik erläutert.

3.6.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Schon am 19. April 1945 beschlossen Dr. Kurt Schumacher und einige andere Sozialdemokraten den Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei. (vgl. Kistler 1985: 63) Am 6. Mai 1945 hielt Schumacher bei der Gründungsversammlung des Ortsvereins Hannover eine Rede über die Aufgaben des demokratischen Sozialismus in der gegenwärtigen Zeit, wobei zwei Tendenzen evident wurden: Die erste war, dass Schumacher bis zu seinem Tode am 20. August 1952 die überragende Persönlichkeit der deutschen Sozialdemokratie und auch, laut einer Umfrage, einer der meistbewunderten Politiker im Nachkriegsdeutschland war. (vgl. ebd.) Die zweite war, dass gleich nach der Befreiung von der Hitler-Diktatur die erneute Gründung der SPD eingesetzt wurde, ohne die erst spätere Erlaubnis zur Parteibildung der Militärregierung abzuwarten, damit die Partei mit der längsten, ununterbrochenen Tradition wieder ins Leben gerufen werden kann. (vgl. ebd.)

Die ersten Mitglieder der Partei waren Sozialdemokraten, die die NS-Zeit überlebt haben und sich mit der Partei identifizieren konnten. (vgl. ebd.) Im Ausland gab es einen Exil-Parteivorstand in London, mit dem die Zusammenarbeit mühelos vollzogen werden konnte, und letztendlich wurde Schumacher am ersten Nachkriegsparteitag im Mai 1946 einstimmig zum Parteivorsitzenden gewählt. (vgl. Kistler 1985: 63-64) Gerade im Programm der SPD wird die vorherige These, dass die Deutschen ihr Land nicht aus der Hand geben wollten,

klar. Schumacher wollte ein „*anderes Deutschland*“, das mit dem Dritten Reich nichts gemeinsam hat. (vgl. Kistler 1985: 65) Er erhob unbelastet von der Vergangenheit für seine Partei den Führungsanspruch im neuen Deutschland und forderte Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für die deutsche Nation, wobei er das Reich in Freiheit wiederherstellen wollte. (vgl. ebd.) Die sozialdemokratische Politik basierte auf einer eindeutigen Westorientierung, aber war keinesfalls Zustimmung zu der jeweiligen Politik der Westmächte. (vgl. ebd.) Das Motto der Partei, „*Sozialismus als Tagesaufgabe*“ vertrat die Meinung der Partei, dass in der Situation, in welcher ein großer Teil der Bevölkerung fast alles verloren hatte, der Wiederaufbau nicht auf den Prinzipien einer sich am Profit orientierenden kapitalistischen Wirtschaft erfolgen dürfte. (vgl. ebd.)

3.6.2 Die Christlich-Demokratische Union (CDU)

„Die Gründung der CDU (ebenso wie die der CSU) stellte die entschlossene Konsequenz aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und dem Erlebnis des gemeinsamen Widerstandes katholischer und evangelischer Christen gegen den nationalsozialistischen Terror dar. Der Nationalsozialismus gab den entscheidenden Anstoß für die politische Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen, um nach dem Zusammenbruch aller sittlichen Werte in der NS-Zeit dem christlich-humanistischen Menschenbild auch im politischen Leben Geltung zu verschaffen“ (Kistler 1985: 67)

Als Reaktion auf die Erfahrungen in der Weimarer Republik sollte die neue Partei alle Schichten des Volkes umfassen und somit nicht nur eine Union der evangelischen und katholischen Christen, sondern auch als eine Volkspartei angesehen werden. (vgl. Kistler 1985: 67) Lokale Vorläufer der CDU hatten verschiedene Namen („*Partei der Arbeit*“, „*Christlich Demokratische Partei*“, usw.) und verschiedene Ideen, weil ihre Mitglieder unterschiedliche politische Herkunft hatten. (vgl. ebd.) In der Regel wurden diese Parteien von Mitgliedern der ehemaligen Zentrumspartei (Leo Schwering in Köln, Karl Arnold in Düsseldorf, Lambert Lensing in Dortmund) gegründet; es gab auch einige Liberale und Konservative in ihnen, was am Ende in verschiedenartiger Programmatik mündete. (vgl. ebd.) So neigte die Berliner Gruppe um Jakob Kaiser, sowie die Düsseldorfer Gruppe um Karl Arnold zum christlichen Sozialismus, die Kölner neigten teilweise zum konservativen Denken, wobei es auch Mitglieder gab, die der Idee einer deutschen Labour Party anhängen, und die norddeutsche Gruppe um Hans Schlange-Schöninggen war konservativ und liberal. (vgl. ebd.) Da es viele Gruppen gab, die verschiedene Programme hatten, mussten viele

Kompromisse geschlossen werden, und so entwickelt sich die CDU zur christlichen Volkspartei mit einem bürgerlichen Flügel und einem in der Anfangszeit starken Flügel christlicher Gewerkschaftler, die sich Ende 1946 in den Sozialausschüssen in der CDU zusammengeschlossen haben. (vgl. Kistler 1985: 68) 1947 einigte sich die CDU in der britischen Besatzungszone auf das Ahlener Programm, das einen Kompromiss zwischen christlichem Sozialismus und liberaler Marktwirtschaft enthielt. (vgl. Kistler 1985: 68) Das Programm forderte die Entflechtung der Großbetriebe und deren Überführung in Gemeineigentum, sowie die Vergesellschaftung der Monopole, wobei die Arbeiterschaft Mitbestimmungsrechte erhalten sollte. Die Lenkung der Wirtschaft sollte durch von mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch besetzten Wirtschaftskammern vorgenommen werden. (vgl. ebd.) Einige Ansichten scheinen denen der SPD ähnlich gewesen zu sein, jedoch lehnte die CDU die staatliche Planwirtschaft ab, um sich von der Konkurrenz abgrenzen zu können. (vgl. Kistler 1985: 69) Dieser Kompromiss konnte den innenparteiischen Konflikt nicht lösen. Als Gegner des christlichen Sozialismus profilierte sich Konrad Adenauer, der mit Kaiser und von Arnold in offene Auseinandersetzung um die Probleme der Sozialisierung des Kohlenbergbaues kommt. (vgl. Kistler 1985: 69-70) Dabei gelang es ihm, zum Scheitern dieser Pläne beizutragen und gleichzeitig die Formel vom „*machtverteilten Prinzip*“ durchzusetzen, genauer das Programm der „*Sozialen Marktwirtschaft*“, die besagt, dass die staatliche Sozialpolitik als Faktor des sozialen Ausgleichs und sozialer Gerechtigkeit in die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung eingefügt werden und den Sozialstaat und die Marktwirtschaft miteinander verbinden sollte. (vgl. Kistler 1985: 70)

3.6.3 Die Christlich-Soziale Union (CSU)

Die CSU ging von der Theorie der „*Brückenbau-Partei*“ zwischen Stadt und Land, Katholiken und Protestanten sowie christlicher Kultur und sozialen Grundlagen von Adam Stegerwald, der früher in der Zentrumspartei tätig war, aus und wurde am 10. Oktober 1945 in Würzburg gegründet, wobei Stegerwald schon im Dezember 1945 starb und das Zentrum der neuen Partei sich von Würzburg nach München verschob, wo der Oberbürgermeister Karl Scharnagl Josef Müller und den Bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer eingeladen hat, eine überkonfessionelle christliche Partei zu gründen. (vgl. Kistler 1985: 70) Es kam zu Auseinandersetzungen in der Frage, ob Bayern künftig Republik oder Monarchie sein sollte. (vgl. Kistler 1985: 71) Müller und Scharnagl waren gegen die Monarchie. (vgl. ebd.) Obwohl

es in der Union Auseinandersetzungen gab, erhielt die CSU bei den ersten Landtagswahlen die absolute Mehrheit. (vgl. Kistler 1985: 72)

3.6.4 Die Freie Demokratische Partei (FDP)

Die Freie Demokratische Partei wurde im Dezember 1948 in Heppenheim als eine überregionale Partei der liberalen Landes- und Zonenverbände mit Theodor Heuss als Vorsitzendem konstituiert. (vgl. Kistler 1985: 72) Schon seit Juni 1945 hatten sich liberale Gruppen Gleichgesinnter auf lokaler Ebene gebildet, dennoch schlossen sie sich unter der Führung der liberalen Politiker der Weimarer Zeit in Landesverbänden und Zonenparteien und nicht etwa unter der Führung einer jungen Generation zusammen. (vgl. ebd.) In Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone kam es vorerst zur Bildung der Liberaldemokratischen Partei und unter demselben Namen wurden auch die Parteien in Hessen und Westfalen gegründet und etwas später, im Januar 1946, in der britischen Besatzungszone und kurz darauf in der amerikanischen Besatzungszone. (vgl. ebd.) Eines der ersten Programme der FDP, das „Syker Programm“, das von den in der britischen Zone vereinten Liberalen ausgearbeitet wurde, drückte die weltbürgerlichen Strömungen der alten Parteien, die Einfluss auf die FDP hatten, nämlich der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen, bzw. Staatspartei, aus. (vgl. Kistler 1985: 73) Gefordert wurden „die Vereinigten Staaten von Europa“ zusammen mit den „Vereinigten Staaten der Erde“. (vgl. ebd.) Während in Westfalen auf eine zentrale Wirtschaftsplanung gezielt wurde, vertraute man in Württemberg dem freien Spiel aller gesellschaftlichen Kräfte. (vgl. ebd.) Die Liberalen hatten keinen festen Standort für ihre Mitwirkung bei der Gestaltung der zweiten deutschen Republik, weswegen sie sich bis zur der täglich praktizierten Zusammenarbeit im Frankfurter Zweizonen-Wirtschaftsrat nicht sicher waren, welche Rolle der politische Liberalismus in der künftigen Bundesrepublik spielen würde. (vgl. ebd.)

3.6.5 Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Während sich die deutschen Parteien noch immer nicht im Klaren waren, was sie genau machen werden und mit dem inneren Aufbau noch nicht abgeschlossen haben, gingen die angelsächsischen Besatzungsmächte zur nächsten Stufe der Neuordnung Deutschlands über, wobei die Amerikaner diesen Prozess beschleunigten, weil sie Gesamtwesteuropa wiederbeleben wollten, was ohne ein gesundes Deutschland, ihrer Meinung nach, nicht

möglich gewesen wäre. (vgl. Kistler 1985: 76) Die ersten Überlegungen der Amerikaner über eine Wiedervereinigung Deutschlands treten schon im Februar 1946 auf, doch es wurde beschlossen, die Ergebnisse der Außenministerkonferenz in Paris im Juni/Juli abzuwarten. (vgl. ebd.) Danach trat General McNarney vor dem Kontrollrat am 20. Juli 1946 auf und sagte, er habe die Ermächtigung, sich mit jeder anderen Besatzungsmacht ins Einvernehmen zu setzen, damit Vereinbarungen über die einheitliche Verwaltung der Zonen getroffen werden, so lange bis Deutschland als Ganzes wiederhergestellt wird. (vgl. ebd.) Letztendlich waren es die Amerikaner und die Briten, die auf so eine Vereinbarung eingegangen sind, und die Sowjetunion und Frankreich, die solch eine Möglichkeit abgewiesen haben. (vgl. Kistler 1985: 77) Somit waren die USA und Großbritannien gezwungen, eine bizonale Lösung zu suchen. (vgl. ebd.) Zu dieser Zeit nahmen die deutschen Parteien allmählich Form an und konnten ihre eigenen Interessen zum Ausdruck bringen. (vgl. ebd.) Im August 1946 kam es zur Gründung bizonaler Wirtschaftsbehörden unter der Kontrolle eines Zweimächteamtes, und in der zweiten Augushälfte entwarfen deutsche Unterhändler fünf Abkommen, mit Hilfe welcher fünf Verwaltungsräte (für Wirtschaft; Ernährung und Landwirtschaft; Finanzen; Post und Fernmeldewesen; Verkehr) geschaffen wurden, in denen die Länderminister der jeweiligen Fachressorts, sowie fünf Verwaltungsämter saßen. (vgl. ebd.) Die gesamte Konstruktion war ein Kompromiss zwischen dem amerikanischen Föderalismus und dem britischen Zentralismus in den Besatzungszonen. (vgl. ebd.) Obwohl die Schaffung solcher bizonalen Wirtschaftsbehörden als etwas Gutes angesehen wurde, hatten die Behörden selbst viele Mängel aufzuweisen, sowie auch viele Probleme, wie beispielsweise die Hungersnot zu bewältigen, für die sie offensichtlich nicht bereit waren. (vgl. Kistler 1985: 78-79) Deshalb ist schon seit Frühjahr 1947 eine Revision der fünf Abkommen nicht nur nötig gewesen, sondern sie wurde auch von der deutschen Seite angestrebt. (vgl. ebd.)

Sofern ein trizonaler Ausbau angestrebt wurde, zögerten die Briten und Amerikaner mit der Vervollständigung dieses Planes. (vgl. Kistler 1985: 79) Vermutlich warteten sie auf die Ergebnisse der Moskauer Konferenz vom März/April 1947, wo sich die vier Mächte schnell über die Probleme einer gesamtdeutschen Verwaltung einigten, woraufhin aber die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und Frankreich, sowie zwischen der Sowjetunion und den USA, aufbrachen, was am Ende zum Scheitern der Konferenz und zum Beginn des „Kalten Kriegs“ führte. (vgl. ebd.)

Danach kam der Gedanke einer gesamtdeutschen Vertretung in den Köpfen der Ministerpräsidenten vor, die eine Ministerpräsidentenkonferenz in München, die der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) betrieb, organisiert haben, die jedoch an Verfahrensfragen gescheitert ist, weil die Vertreter der Ostzone eine Änderung der schon fertiggestellten Tagesordnung verlangten, wobei das Misstrauen der Vertreter der Ostzone gegenüber den Vertretern der Westzonen, wie auch das Misstrauen der Vertreter der Westzone gegenüber den Vertretern der Ostzone, eine große Rolle gespielt hat. (vgl. Kistler 1985: 80)

Obwohl die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz gescheitert ist, trafen sich die Ministerpräsidenten Mitte Juli 1947 und leiteten eine Reform der Verwaltungsräte und -ämter, gemäß den Vorschriften der zwei Besatzungsmächte, in die Wege. (vgl. Kistler 1985: 81-82) So schufen sie einen „*Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet*“, der aus drei Organen, nämlich dem Wirtschaftsrat im engeren Sinne, die politisch bedeutendste Institution, dem Exekutivrat und den Direktoren der Verwaltungen bestand. (vgl. Kistler 1985: 82) Dieser wies, wie sein Vorgänger, erhebliche Mängel auf, wie die kleine Abgeordnetenanzahl von nur 52 oder die verschiedenen Fraktionen, die zu Stande kamen. (vgl. ebd.) Am 5. Februar 1948 trat deswegen das „*Frankfurter Statut*“ in Kraft, mit dem der Wirtschaftsrat 104 Abgeordnete zählen sollte, wobei die politischen Mächte gleichgeblieben sind. (vgl. Kistler 1985: 84) Schon während der Reform des Wirtschaftsrates haben amerikanische Regierungskreise den Plan erwogen, die französische Zone in eine Union der drei Westzonen einzubeziehen, waren dabei noch im Januar 1948 auf Widerstand gestoßen. (vgl. Kistler 1985: 84-85) Doch nachdem die USA und Großbritannien im Februar 1948 Frankreich die Einbeziehung des Saargebiets in das französische Wirtschaftssystem zugestanden haben, gelang es ihnen schon in der ersten Phase der gleich folgenden Londoner Sechs-Mächte-Besprechung (einschließlich der Beneluxstaaten) eine Zustimmung zur Teilnahme der französischen Zone an der Marshall-Plan-Hilfe abzurufen und sie sogar zur Anerkennung der Formel zur Schaffung von Grundlagen für die Beteiligung eines demokratischen Deutschlands an der Gemeinschaft der freien Völker zu bewegen. (vgl. Kistler 1985: 84-85) Somit haben die Westmächte ihre Absicht, einen westdeutschen Staat zu gründen, in die Welt geschickt. (vgl. Kistler 1985: 85) Die Londoner Besprechungen endeten mit den „*Londoner Empfehlungen*“, in denen den deutschen Ministerpräsidenten die Ermächtigung gegeben wurde, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, wobei zwei Entwicklungen in Gang gesetzt wurden. (vgl. ebd.) Das waren die Einführung der Marktwirtschaft und die Errichtung eines Parlamentarischen

Rates zur Ausarbeitung einer Verfassung, wobei auch eine Währungsreform geplant wurde. (vgl. ebd.) Schon im Oktober 1947 mit dem „*Bewirtschaftungsnotgesetz*“ und im Dezember 1947 mit dem „*Preisgesetz*“ kam es zur Wirtschaftslenkung und Liberalisierung. (vgl. ebd.) Jedoch kann man die Währungsreform vom 20. Juni 1948 in den Westzonen als entscheidend markieren. (vgl. ebd.) Die bislang gültige, jedoch wertlose Reichsmark und die alliierte Militärmark wurden durch die Deutsche Mark ersetzt, wobei auch jeder Bewohner der drei Westzonen einen „*Kopfbetrag*“ von 60 DM erhielt. (vgl. ebd.) Dies war eine Reform, die ohne Beteiligung der Deutschen durchgeführt wurde und die Banknoten waren sogar in den USA gedruckt worden. (vgl. ebd.) Diese Reform überraschte den Wirtschaftsrat wie auch die Finanzwelt, weil die beiden Seiten eigene Vorschläge gehabt haben, wie dieses Problem gelöst werden sollte. (vgl. Kistler 1985: 85-90) Es kam auch zum „*Gesetz über die wirtschaftspolitischen Leitsätze nach der Geldreform*“, das als einer der ersten gesetzlichen Schritte zur Einführung der Marktwirtschaft gilt. (vgl. Kistler 1985: 90) Mit diesem Gesetz wurde die Bewirtschaftung gelockert und es enthielt eine Reihe von Vorschriften über die Liberalisierung der Märkte, darunter auch die Freigabe der Preise und die Aufhebung des Antragswesens, ausgenommen bei Mieten und Hauptnahrungsmitteln. (vgl. ebd.) Die Bedeutung dieses Gesetzes ist nicht zu unterschätzen, denn es öffnete der Marktwirtschaft die Bahn und prägte somit die neue Gesellschaftsordnung. (vgl. ebd.)

Die Amerikaner wussten, dass die Neuordnung der deutschen Wirtschaft einen stabilen rechtlichen und politischen Rahmen brauchte, wobei sich das für die Deutschen als ein schwerwiegendes Problem erwies, weil sie die Gründung eines Weststaates kategorisch ablehnten, weil es zu einer weiteren Auseinanderentwicklung der West- und Ostzone kommen würde. (vgl. ebd.) Obwohl sich die Parteien schon gleich nach den Londoner Empfehlungen darüber beraten haben, wie sie sich im Falle eines Versuches der Gründung eines Weststaates verhalten sollten, haben die drei Militärgouverneure den Länderchefs in Frankfurt drei Dokumente überreicht, die zu den bedeutendsten Dokumenten der Staatswerdung der Bundesrepublik Deutschland zählen. (vgl. Kistler 1985: 91) Der Inhalt dieser Dokumente war im Wesentlichen folgender: Die Ministerpräsidenten sollten bis zum 1. September 1948 eine „*verfassungsgebundene Versammlung*“ einberufen, um eine Verfassung auszuarbeiten; sie sollten eine Neuordnung der 1945/46 entstandenen Länder vorbereiten, sowie in die Wege leiten und sie sollten zu einem von den Militärgouverneuren vorgelegten Besatzungsstatut Stellung nehmen. (vgl. Kistler 1985: 91-92) Bei der Veröffentlichung dieser drei Dokumente kam es in der deutschen Öffentlichkeit zu einer meist ablehnenden Diskussion, wobei auch

die Ministerpräsidenten von der Idee des „*Trizonesiens*“ und einer verfassungsgebundenen Versammlung, die nicht in Kraft treten könne, ohne das Recht zur freien Willensäußerung zu besitzen, nicht begeistert waren. (vgl. Kistler 1985: 92) Dennoch trafen sie sich am 8. Juli 1948 zur Erörterung der Dokumente im Hotel Rittersturz bei Koblenz, wo sie zum Beschluss gekommen sind, dass die Deutschen diese Chance nutzen müssen, weil es in der näheren Zukunft zu keiner besseren Chance, was die deutsche Frage betrifft, kommen würde. (vgl. ebd.) Es wurde vorgeschlagen, keine „*Nationalversammlung*“ zu schaffen, sondern nur einen „*Parlamentarischen Rat*“, dessen Ziel keine Verfassung werden würde, sondern ein „*Grundgesetz*“. (vgl. ebd.) Nach weiteren Besprechungen mit den Militärgouverneuren wurde schließlich entschieden, dass die Landtage in gleichlautenden Gesetzen den Parlamentarischen Rat zum 1. September 1948 einberufen sollten, wobei in Wiesbaden ein „*ständiges Büro*“ eingerichtet wurde. (vgl. ebd.) Auf Drängen Bayerns wurde am Herrenchiemsee ein „*Verfassungskonvent*“ gebildet, das nach zwei Wochen Beratung einen Grundgesetzentwurf, der in zahlreichen Artikeln mehrere Varianten aufwies, vorlegte, der dann ans Wiesbadener Büro gesendet wurde, um dort von den Ministerpräsidenten noch einmal besprochen zu werden. (vgl. Kistler 1985: 92-93) Daraufhin wurde der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 in Bonn mit 65 Abgeordneten konstituiert und er wählte Konrad Adenauer (CDU) als Vorsitzenden zu seinem Präsidenten, wie auch Adolph Schönfelder (SPD) und Hermann Schäfer (FDP) zu stellvertretenden Präsidenten. (vgl. Kistler 1985: 93) Es kam zum Streit zwischen den Parteien, wie auch zu einer Krise, die erst im April 1949 gelöst werden konnte, als die Westmächte beschlossen, auf die Einhaltung ihrer Forderungen zu verzichten, was letztendlich den deutschen Parteien half, zur Übereinkunft zu gelangen. (vgl. Kistler 1985: 96-97) Schließlich wurde das Grundgesetz am 23. Mai 1949 verkündet, nachdem es von den Militärregierungen und den Landtagen genehmigt wurde, und trat am 24. Mai 1949 in Kraft. (vgl. Kistler 1985: 97)

3.6.6 Der erste und zweite Deutsche Bundestag und die ersten zwei Kabinetts Adenauers

Dem Grundgesetz folgte das erste Bundeswahlgesetz am 15. Juni 1949, das nur für die ersten Bundestagswahlen gültig gewesen ist. (vgl. Kistler 1985: 112) Die Wahl zum 1. Bundestag fand am 14. August 1949 statt und der erste Deutsche Bundestag hielt am 7. September 1949 seine konstituierende Sitzung und am 15. September 1949 wählte der Bundestag gemäß dem Grundgesetz Konrad Adenauer (CDU) mit 202 Stimmen zum Bundeskanzler. (vgl. Kistler 1985: 115) Was das Kabinett Adenauers angeht, wurde dies in 13 Ressorts eingeteilt und von

den klassischen Ministerien fehlte das Auswärtige Amt. (vgl. ebd.) An der Wahl zum zweiten Bundestag, die am 6. September 1953 stattfand, gewann die CDU/CSU mit einem deutlichen Aufstieg im Prozentsatz von 31,0% auf 45,2% der Stimmen, was sich in den Abgeordnetensitzen mit 49,9% statt der früheren 34,7% abgespiegelt hat. (vgl. Kistler 1985: 112) Adenauer blieb weiterhin Bundeskanzler, doch sein Kabinett wird auf 16 Ressorts ausgedehnt und es wurden neue im Laufe der Zeit gegründet (für Familienfragen 1953, für Verteidigung 1955 und für Atomfragen 1955) (vgl. Kistler 1985: 115) Die Schwerpunkte dieser beiden Bundestage waren die Bereiche der Arbeits- und Sozialordnung, Finanzen und Wirtschaft. (vgl. ebd.) Im Weiteren werden die wichtigsten Entscheidungen und Maßnahmen dieser zwei Bundestage erläutert.

Die Politiker hatten klare Ziele im Kopf, unter anderem die Wiedergewinnung der außenpolitischen Handlungsfreiheit, die Überwindung der deutschen Teilung, sowie die Sicherung des Friedens durch eine aktive Politik der europäischen Integration und der Stärkung Europas als politischer Kraft. (vgl. Kistler 1985: 120) Die Bundesrepublik Deutschland trat auf dem Wege, diese Probleme zu lösen, schon am 31. Oktober 1949 dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) als gleichberechtigtes Mitglied bei und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnete zusammen mit der Alliierten Hohen Kommission das Petersberger Abkommen, wodurch die BRD die Erlaubnis erhielt, konsularische Beziehungen zu ausländischen Mächten aufzunehmen und internationalen Organisationen beizutreten, in denen deutsche Sachkenntnisse und Mitarbeit zum allgemeinen Wohl beitragen könnten. (vgl. Kistler 1985: 123) Es wurden auch einige Beschränkungen beim Bau von Hochseeschiffen aufgehoben und 18 Werke im Ruhrgebiet, Leverkusen, Ludwigshafen zusammen mit allen Berliner Industrierwerken der Demontage freigestellt. (vgl. ebd.) Die BRD sagte auch ihrerseits zu, der Internationalen Ruhrbehörde und dem Europarat beizutreten. (vgl. ebd.) Dies alles war im Gedanken des Bundeskanzlers als Mittel zum Zweck verwendet, denn er glaubte, es sei am besten, sich mit Frankreich zu versöhnen, damit Deutschland zur europäischen „*Völkerfamilie*“ zurückkommt und zum Kernstück der Einheit Europas wird. (vgl. ebd.) Zudem nutzte Adenauer die Furcht vor dem militanten und aggressiven Sowjetkommunismus, um näher an die USA zu kommen, wobei er nie den sowjetischen Expansionswillen bezweifelte und somit die Solidarität und die Integration in den Westen stärkte. (vgl. Kistler 1985: 124) Das nächste Dokument, das von großer außenpolitischer Bedeutung in dieser Zeit war, war der Deutschlandvertrag, der am 26. Mai 1952 zwischen der BRD und den drei Westmächten unterzeichnet wurde und der besagt, dass die BRD volle Verfügungsgewalt

über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten erhält, mit folgenden Ausnahmen: *„Im Hinblick auf die internationale Lage... behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.“*; Sie behielten auch das Recht, Streitkräfte in der BRD zu stationieren, sowie das Recht, im Falle eines Angriffes von außen oder innen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. (vgl. Kistler 1985: 130) Der nächste Schritt zur deutschen Souveränität waren die Pariser Verträge, die als Ergebnis der vom 21. bis zum 23. Oktober 1954 stattgefundenen Konferenz unterzeichnet wurden, die eine Neufassung des Deutschlandvertrages nebst vier abgeänderten Zusatzverträgen über ausländische Streitkräfte in der BRD und deren steuerliche Behandlung, sowie über den finanziellen Verteidigungsbeitrag und über die Ablösung des Besatzungsregimes in der BRD, wie auch über den Beitritt Deutschlands der Westeuropäischen Union enthielten. (vgl. Kistler 1985: 139) Weiterhin wurde die BRD zum Beitritt in die NATO eingeladen. (vgl. Kistler 1985: 140) Diese Verträge wurden ratifiziert und konnten am 5. Mai 1955 in Kraft treten und seitdem wurde dieses Datum zum Tag der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Das wären die wichtigsten Geschehnisse der Außenpolitik der BRD, bei denen man das Geschick des Bundeskanzlers Adenauer bewundern kann und ihn als die Hauptfigur ansehen kann, die für ein souveränes Deutschland verantwortlich ist.

Was die Innenpolitik betrifft, diese wurde von der sozialen Marktwirtschaft geprägt, die Konsumfreiheit, Gewerbefreiheit, sowie freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Freiheit der Eigentumsnutzung, Produktions- und Handelsfreiheit wie auch Wettbewerbsfreiheit als Ziele hatte. (vgl. Kistler 1985: 143) *„Die soziale Marktwirtschaft strebt an: möglichst großen wirtschaftlichen Wohlstand durch geordneten Wettbewerb (z. B. Unterbindung von Monopolen und Kartellen), stetiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Außenhandelsfreiheit und freie Austauschbarkeit der Währungen, soziale Sicherheit und gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.“* (Kistler 1985: 144) Solch eine Marktwirtschaft stoß auf Erfolge, aber auch auf Probleme. 1948-1950 kam es zu einer Krise, in der Preise sowie die Anzahl der Arbeitslosen stark anstiegen, aber die nach kurzer Zeit bewältigt wurde. (vgl. Kistler 1985: 146) Schon 1951 betragen die Exportüberschüsse 6,6 Mrd. DM und im Jahre 1955 wurden Waren im Wert von 36 Mrd. DM exportiert, was 20% des Bruttosozialproduktes entsprach. (vgl. Kistler 1985: 146-147) Deshalb wurde schon 1951 die Deutsche Mark aufgewertet, die als stabile Währung galt und zusammen mit der Qualität

deutscher Waren Deutschland zu einem weltweit vertrauenswürdigen Handelspartner machte. (vgl. Kistler 1985: 147) Was noch zum „*Wirtschaftswunder*“ geführt hat, waren die Marshall-Plan-Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. DM, sowie das Arbeitskräftepotential, das für den Wiederaufbau bereitstand, unter denen sich zwei Gruppen ganz klar als am wichtigsten profiliert haben: die Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten (8 Millionen bis 1950) und aus der sowjetischen Zone, bzw. der DDR (3,6 Millionen bis 1962). (vgl. Kistler 1985: 147-148) Was die Sozialpolitik betrifft, ist hier zu erwähnen, dass sie auf der Tradition des späten 19. Jahrhunderts beruht und somit sozialstaatliche Sicherungen wie Kranken-, Unfall-, Altersversorgungs-, Invalidenversicherung und die Begrenzung der Arbeitszeit regulierte. (vgl. Kistler 1985: 149) Die wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen, die unternommen wurden, waren, zuerst, die Kriegsopferversorgung, was Rentenzahlungen, kostenlose ärztliche Behandlung und bevorzugte Vermittlung und Sicherung von Arbeitsplätzen beinhaltete. (vgl. Kistler 1985: 151) Zweitens, war das die Heimkehrerentschädigung und drittens der Lastenausgleich, der besagte, es sollten die vom Krieg nicht oder weniger Betroffenen einen Teil ihres Vermögens für die Vertriebenen und Flüchtlinge geben. (vgl. ebd.)

Wie zu sehen ist, war die Situation in dem Nachkriegsdeutschland zu komplex um sie auf wenigen Seiten ins Detail beschreiben zu können, doch ist den Deutschen das „*Wirtschaftswunder*“ gelungen, wie auch die Bildung eines souveränen Staates, der wie jeder andere Staat seine Mängel hat, aber sich dennoch als stabil und zuverlässig erwiesen hat. Die BRD kann als Resultat der geschickten Politik Konrad Adenauers angesehen werden, der die Befürchtungen der Westmächte, die BRD könnte unter sowjetischen Einfluss geraten, ausnutzte um Deutschland früher als später zu einem souveränen Staat, der in der Welt als solcher auch anerkannt wird, zu bilden. Das Programm der sozialen Marktwirtschaft erwies sich als die richtige Wahl bei der Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, was man auch an dem schnellen wirtschaftlichen Aufstieg der BRD sehen kann.

4 Alltag in der Nachkriegszeit

Dieser Teil dieser Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, wie die Menschen im Nachkriegsdeutschland gelebt haben. *„In ganz Deutschland war der Frühling 1945 unsagbar schön. Der Himmel wölbte sich hoch über dem Land, die Luft schien frisch und rein, und die Sonne schickte ihre warmen Strahlen auf die nackte Erde hinab. Ein falscher Hochsommer? Wohl eher eine große Verheißung. So jedenfalls verstanden es nicht wenige Zeitgenossen, zumindest im Nachhinein. Nachdem zwölf Jahre hindurch ein dunkler Kult des Todes in Deutschland geherrscht hatte, regte sich vermeintlich mit einem Mal wieder das Leben.“* (Kretschmann: 11) In diesem Zitat wird klar, dass viele Menschen das Ende des Zweiten Weltkrieges als einen Neuanfang Deutschlands angesehen haben, obwohl es zu einer großen Materiellen- wie auch Hungersnot gekommen ist. In den ersten drei Nachkriegsjahren herrschte bittere materielle Not, die durch den von den Alliierten festgesetzten Tagessatz von 1.500 Kalorien keine Verbesserung gegenüber der Kriegszeit darstellte. (vgl. Schildt/Siegfried: 23) Es kam zu sogenannten „*Hamsterfahrten*“ der Städter aufs Land, damit sie dort Schmuck, Kleider oder etwas Anderes gegen Lebensmittel eintauschten, wobei sie auch zum Schwarzmarkt gegangen sind, nur um überleben zu können. (vgl. Schildt/Siegfried: 23-24) Als Beispiel kann hier der Preis eines Pfundes Butter genommen werden. Im Februar 1946 kostete ein Pfund Butter in der Britischen Zone 1,80 RM, wobei ein Pfund Butter auf dem Schwarzmarkt einen Preis von 250 RM erzielen konnte. (vgl. Schildt/Siegfried: 24) Der Lebensstil wurde von der Wohnungsnot stark geprägt, da viele in Notwohnungen gewohnt haben, und es kam zu einem moralischen Zerfall, in dem man alles machen würde, nur um zu überleben. (vgl. Schildt/Siegfried: 24-25) Ein großes Symbol dieser Zeit war das Radio, das das Hauptmedium für Nachrichtenübertragung war, was nicht nur am extremen Papiermangel lag, sondern auch an den Schätzungen, dass mehr als 80% der Geräte den Krieg ohne Schaden überlebt hatten. (vgl. Schildt/Siegfried: 29-30) Alles in allem kann man sagen, dass dies eine sehr schwierige Zeit war, um in Deutschland zu leben, das aber in kürzester Zeit zum Wohlfahrtsstaat geworden ist. Der Alltag der darauffolgenden Jahre sah erheblich anders aus. Lebensmittel wurden nicht mehr auf dem Schwarzmarkt gesucht, das Leben spielte sich nicht mehr in Notwohnungen und Barackenlagern, sondern in den eigenen „*vier Wänden*“ ab. (vgl. Schildt/Siegfried: 98) Die Mentalität der Menschen beruhte auf dem Motto: *„nie, nie wieder Hunger zu leiden“*, was sicherlich eine starke Motivation zur dieser Zeit gewesen sein muss. (vgl. ebd.) Der Alltag wurde um die Arbeit gebildet, im Jahre 1955 wurde 50 Stunden an sechs Werktagen gearbeitet. (vgl. ebd.) Es wurde bald klar, dass je besser es der BRD

wirtschaftlich ging, desto mehr muss der „*kleine*“ Mensch arbeiten musste. (vgl. ebd.) Anders als vielleicht gedacht werden würde, kam es zu dieser Zeit nicht zum Konsum, sondern zur Verdreifachung der Sparquote, was darauf hinweist, dass sich die Menschen der 1950er Jahre immer noch nicht von den Gedanken, alles könnte schiefgehen, lösen konnten. (vgl. Schildt/Siegfried: 100-101) Meiner Meinung nach ist es bemerkenswert, wie Deutschland in so kurzer Zeit „*wiederauferstanden*“ ist. So etwas würde vielen Ländern nicht gelingen, was man auch anhand Kroatiens 20 Jahre nach dem Krieg deutlich sehen kann.

5 Zusammenfassung

Deutschlands Weg von einem Trümmerland, das völlig zerstört gewesen ist, bis zum Wohlfahrtsstaat, der viele Menschen aus dem Ausland zu sich gezogen hat, war hart und ziemlich schwer. Auf einer Seite war da der Geist des NS-Regimes, der noch über Deutschland lauerte, was den Versuch einer Wiedervereinigung zu einer gescheiterten Mission machte, wobei auch Gründung der DDR eine große Rolle spielte. Auf der anderen Seite gab es viele zerstörte Städte, Arbeitslose, Hungersnot. Alles Probleme, die nicht bewältigt schienen, was sich auch in den Alltag widerspiegelte. Menschen griffen zum Schwarzmarkt, um Nahrungsmittel wie Butter zu kaufen. Es gab auch Wohnungsnot, woran man das Ausmaß der Zerstörung am besten gesehen hat. Viele lebten in Notwohnungen mit ganz wenig Platz, wo der Begriff „*Privatsphäre*“ fast als etwas Fiktives bezeichnet werden konnte. In den darauf folgenden Jahren kam es zur Gründung der BRD. Die Außenpolitik des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer war eine schlaue Taktik, von den Westmächten das zu bekommen, was er wollte. Er wusste genau, welche Schwächen sie hatten, und nutzte sie hervorragend aus, um die BRD aus einem Provisorium zum gleichberechtigten Staat in der Weltpolitik zu transformieren. Gleichzeitig wurde die soziale Marktwirtschaft gefördert, die sich, obwohl es anfangs Probleme gab, als ein durchaus gutes Wirtschaftsmodell erwiesen hat. Alles in allem, kann man sagen, dass Deutschland einen harten Weg hinter sich hat und vielleicht deswegen einer der bedeutendsten Staaten nicht nur in der Nachkriegszeit war, sondern es in der heutigen Zeit immer noch ist.

6 Literaturverzeichnis

1. Dukovski, Darko (2012): *Ozrcaljena povijest: Uvod u suvremenu povijest Europe i Europljana*. Zagreb: Leykam International
2. Kistler, Helmut (1985): *Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945-1983*. Stuttgart: Bonn Aktuell.
3. Kretschmann, Carsten (2012): *Zwischen Spaltung und Gemeinsamkeit. Kultur im geteilten Deutschland*. Berlin: be.bra.
4. Schildt, Axel, Detlef Siegfried (2009): *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik-1945 bis zur Gegenwart*. München: Karl Hansen.